



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

144. Ratssitzung vom 11. Juni 2025

4705. 2025/102

Weisung vom 19.03.2025:

Sozialdepartement, Rad- und Para-Cycling Strassen-Weltmeisterschaft 2024; Verzicht Rückzahlung Darlehen, Defizitbeitrag, Einnahmeverzichte; Zusatzkredit

Antrag des Stadtrats

1. Für zusätzliche Leistungen an den Verein «UCI Weltmeisterschaften Rad und Para-Cycling Strasse Zürich 2024» wird zu den einmaligen Ausgaben von Fr. 7 850 000.– (GR Nr. 2018/418) ein Zusatzkredit von insgesamt Fr. 3 650 000.– wie folgt bewilligt:
 - a. Für den Verzicht auf eine Rückzahlung des städtischen Darlehens (Überbrückungsfinanzierung) mit Wirkung ab 1. Januar 2025: Fr. 2 000 000.–;
 - b. als maximaler Defizitbeitrag: Fr. 950 000.–;
 - c. für weitere städtische Einnahmeverzichte (Eigenleistungen, Gebührenerlasse unter Berücksichtigung der Umwandlung der Eigenleistungen PSS gemäss Kapitel 2.3.1): Fr. 700 000.–.

Die neuen einmaligen Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 11 500 000.–.

Unter Ausschluss des Referendums und mit qualifiziertem Mehr gemäss Ausgabenbremse:

2. Im Budget 2025 wird folgende Budgetposition geschaffen:

Konto / Bezeichnung	Bisher bewilligt (in Fr.)	Erhöhung (in Fr.)	Neu bewilligt (in Fr.)
(1561) 3632 00 406 Beiträge an Verein Rad-WM 2024	0	950 000	950 000

Referat zur Vorstellung der Weisung:

Sven Sobernheim (GLP): *Der Fokus dieser Weisung liegt auf der Rolle der Stadt sowie den finanziellen Folgen für sie durch die Organisation der UCI Rad- und Para-Cycling-Strassen-Weltmeisterschaft 2024 (Rad-WM). Um die Aufarbeitung im Kanton sollten sich unsere dortigen Kolleginnen und Kollegen kümmern. Es ist aber so, dass diese Dinge nicht ganz voneinander getrennt werden können. Wir sprechen über einen bewil-*



ligten Kredit von 7,85 Millionen Franken, der nicht ausreicht. Die Rad-WM hat einen Verlust von 5–6 Millionen Franken eingefahren. Davon trägt der Kanton 2 Millionen Franken, indem er auf die Rückzahlung seines Darlehens verzichtet. Die restlichen 3,65 Millionen Franken soll die Stadt tragen. Davon sind 2 Millionen Franken Rückzahlungsverzicht des städtischen Darlehens, 700 000 Franken Eigenleistungen und 950 000 Franken Defizitbeitrag. Wir können lobend hervorheben, dass der Stadtrat eingesehen hat, dass einiges schief lief und eine Aufarbeitung nötig war. Dafür hat er bei der Deloitte AG einen Bericht in Auftrag gegeben, der die ganze Geschichte ausführlich und so transparent wie möglich beleuchtet hat. Häufig liest man in diesem Bericht, dass nicht klar ist, wie bestimmte Entscheidungen gefällt wurden. Ich fange mit dem einfachsten Punkt an: Die 700 000 Franken Eigenleistungen waren zum Bewerbungszeitpunkt nicht bezifferbar und hätten alleine nicht mehr vom Gemeinderat beschlossen werden müssen – sie hätten in der Kompetenz des Stadtrats gelegen. Wir sprechen heute nur darüber, weil es um insgesamt 3,65 Millionen Franken geht. Fangen wir aber im Dezember 2019 an, als die Geschichte mit der Gründung des Vereins Rad- und Para-Cycling-WM 2024 (Verein Rad-WM) begann. Dieser hätte die Anlässe organisieren und dabei die Entscheidungswege der Verwaltung aushebeln und agil agieren sollen. Man hat mit dem Verein versucht, das komplizierte Konstrukt Verwaltung in einen dynamischen Bereich zu überführen. Die Vereinsmitglieder sind Swiss Cycling, die Stadt Zürich und der Kanton Zürich. Der Vorstand besteht aus je zwei Personen dieser drei Organisationen. Bei der Stadt sind das zwei Verwaltungsangestellte. Dem Stadtrat, der Stadtverwaltung oder der Stadtpolitik war das dann ein bisschen zu agil. Er wollte auch mitreden. Darum wurden ein dem Verein Rad-WM übergeordneter Projektausschuss und ein Steuerungsausschuss gebildet, ausserhalb von irgendwelchen logischen oder rechtlichen Rahmen. Der Steuerungsausschuss bestand aus STP Corine Mauch, STR Filippo Leutenegger, STR Karin Rykart und RR Mario Fehr, die dem Vereinsvorstand Vorgaben machen oder ihn übersteuern konnten. Diese Entscheidungen mussten nicht unbedingt im Interesse des Vereins sein. Ein gutes Beispiel ist das Budget: Dieses wurde zwar im Vorstand besprochen, doch dann ging es an den Steuerungsausschuss, der es mit Feedback und Anweisungen zurück an den Vereinsvorstand gab, der diese befolgen musste. Es bleibt bis heute unklar, welche realen Kompetenzen und Zuständigkeiten der Vereinsvorstand wahrgenommen hat. Im zweiten Quartal 2022 war klar, dass der Bund seine versprochenen 5 Millionen Franken via Swiss Cycling einbringen würde. Allerdings waren die Gelder der Stadt aufgrund eines Vorbehalts in der von uns beschlossenen Weisung noch nicht aktivierbar: Die 5 Millionen Franken mussten physisch fliessen, bevor das städtische Geld gesprochen werden konnte. Darum gab es im April 2023 von Kanton und Stadt je ein rückzahlbares Darlehen in der Höhe von 2 Millionen Franken. Der Kanton hat bereits beschlossen, dass seines nicht zurückgezahlt werden muss. Wir besprechen das heute noch. Die Idee war, damit einen kurzfristigen finanziellen Engpass zu überbrücken – kein finanzielles Defizit. Im Januar 2023 wäre die letzte Möglichkeit zum Ausstieg aus dem Vertrag gewesen. Weil aber die Bundesgelder bereits gesprochen waren, wurde der Austritt trotz der schlechten Budgetprognosen nicht ernsthaft diskutiert, weder im Steuerungsausschuss noch im Vereinsvorstand. Das, obwohl das Budget 2022 bereits einen Verlust von zwischen 3 und 4,6 Millionen Franken vorsah.



*Letzteres ist nahe am heutigen realen Verlust. Die 950 000 Franken Defizitbeiträge bestehen aus offenen Rechnungen, die wir mit Lieferant*innen und Dienstleister*innen haben. Diese sollen den Schaden nicht selber tragen müssen. Wir übernehmen mit einer Zustimmung zur Weisung aber auch die von Stadt- und Regierungsrat bestrittenen Forderungen zweier Gemeinden, die vom Kanton Geld für die Dienstleistungen ihres Zivilschutzes wollen. Ebenfalls, und das ist die grosse Unbekannte, übernehmen wir das Haftungsrisiko für den tödlichen Unfall von Miriam Furrer. Sollte es deswegen Rückforderungen geben, würde die Stadt dieses Haftungsrisiko übernehmen. Zum überwiesenen Postulat von letzter Woche: Der Rechnungsprüfungskommission (RPK) ist es wichtig, dass der Stadtrat die angekündigten Massnahmen wirklich durchzieht. Es braucht die Aufarbeitung und Regelungen für zukünftige Grossanlässe. Aktuell hat das Präsidialdepartement diesen Auftrag, doch seine Vorsteherin musste wegen Befangenheit in den Ausstand treten. Wir wollen, dass sauber diskutiert wird und wir aus dem Vorfall lernen können.*

Kommissionsminderheit Rückweisungsantrag:

Johann Widmer (SVP): *Das Scheitern eines einfachen Projekts wie der Rad-WM zeigt, dass linksgrüne Politik zum Versagen verdammt ist. Das Vorgehen und die Entscheidungsprozesse wurden von den Verantwortlichen intransparent gehalten. Als Resultat kann nun niemand zur Verantwortung gezogen werden. Den Preis für die Fehlkalkulation des Planungskomitees bezahlen andere. Der Steuerzahler soll 3,65 Millionen Franken aufbringen. Aus diesem Grund fordern wir, dass die Verantwortlichen mindestens 950 000 Franken aus eigener Tasche bezahlen. Juristisch geht das natürlich nicht, das ist uns klar. Es handelt sich um eine politische Forderung. Wenn die Verantwortlichen echte Volksvertreter wären, würden sie dafür geradestehen und dieser Forderung nachkommen. Der Rat wird sie wohl ablehnen, weil die überwiegende Mehrheit links ist und ihre Parteigenossen nicht verraten will. Wenn ihr schon zugebt, Fehler gemacht zu haben und Verantwortung übernehmen zu wollen, dann tut das auch finanziell.*

Kommissionsmehrheit Rückweisungsantrag:

Sven Sobernheim (GLP): *Der Rückweisungsantrag ist nicht politisch, sondern populistisch und wird darum von der Mehrheit abgelehnt. Es ist rechtlich nicht zulässig, städtische Angestellte mit ihrem Privatvermögen haften zu lassen. Es ist ebenso wenig zulässig, Dienstleistende, die wir als Verein angestellt haben, mit ihrem Privatvermögen haften zu lassen. Daran zeigt sich vielleicht, wieso das Konstrukt Verein Rad-WM nicht aufgeht. In einem anderen Gremium wäre es wohl so, dass das Erteilen der Decharge Konsequenzen hätte. Aber hier besteht der Vereinsvorstand aus städtischen Angestellten, der Steuerungsausschuss aus politischen Mitgliedern. Die Vereinsmitglieder können sich also selbst die Decharge erteilen und transparente, verantwortungsvolle Entscheidungsprozesse umgehen. Nichtsdestotrotz ist die Rückweisung rein populistisch.*



Kommissionsminderheit Schlussabstimmungen zu den Dispositivziffern 1 und 2:

Martin Bürki (FDP): *Vielen Punkten, die in der Vorstellung der Weisung sowie der Begründung der Kommissionsmehrheit gesagt wurden, stimmen wir zu. Drei grosse Themenfelder haben zum desaströsen Resultat des Projekts Rad-WM geführt: Pech, Blau-äugigkeit bzw. Überforderung der Organisatoren und falsche Organisationsstrukturen. Im Gegensatz zur Kommissionsmehrheit gewichten wir die einzelnen Punkte anders. Insbesondere machen wir uns grosse Sorgen darüber, welches Zeichen der Gemeinderat aussendet, wenn er die Kosten für all diese Fehlleistungen einfach übernimmt. Pech hatte die Rad-WM sicher genug. Wegen Covid war die Zeit, Sponsoren zu suchen, kurz. Auch Erfahrungen damit, eine Rad- und Para-Cycling-WM gleichzeitig zu organisieren, gab es wenig. Dazu kamen Pech mit dem Wetter und der tragische Unfalltod von Miriam Furrer. Einen grösseren Einfluss hatte aber, wie die einzelnen Verantwortlichen der Organisation damit umgingen. Die Fehler begannen schon, bevor das Organisationskomitee seine Arbeit aufnahm. Es kam heraus, dass bei der Mehrwertsteuer Rechnungsfehler gemacht wurden und aufgrund der Para-Cycling-WM zusätzliche Abgaben an den Verband gemacht werden mussten. Das Organisationskomitee hätte in einem solchen Fall eigentlich die Arbeit verweigern und darauf bestehen müssen, dass das Budget neu beschlossen wird. Schon damals zeichnete sich ab, dass die Sponsorensuche heikel werden würde und das Gespräch mit der Politik und dem Gemeinderat hätte gesucht werden müssen. Dies wurde aber als politisch nicht opportun erachtet. Auch im späteren Verlauf gab es immer wieder Anzeichen für eine finanzielle Schieflage. Aus unserer Sicht war es ein klarer Fehlentscheid, das Gespräch zu meiden. Konsequenzen dafür gibt es nun keine. Sven Sobernheim (GLP) hat dargestellt, wie verworren und kompliziert die Gesamtorganisation war. Es gab eine Vermischung zwischen dem Verein des Organisationskomitees und den städtischen Angestellten. Wie entscheiden diese Personen, wenn ein schwieriger Entscheid getroffen werden muss? Entscheiden sie im Namen des Vereins, wo sie Mitglied sind und als Vorstand auftreten, oder im Sinne ihres Arbeitgebers? Diese Vermischung ist ungut. Die Stadt liess verlauten, dass die Verantwortlichkeiten der einzelnen Gremien nicht klar definiert waren. Das mag stimmen. Doch im Steuerungsausschuss sass auch die Stadtpräsidenten. Sie trägt moralisch und rechtlich die Gesamtverantwortung für das, was in der Stadt passiert. Sie hätte jederzeit die Reissleine ziehen können. Auch hier wurde aus unserer Sicht klar versagt. Konsequenzen gibt es aber keine. Es gab weitere ungute Interessenskonflikte im Organisationskomitee, da einige Mitglieder geschäftlich involviert waren. Das hinterlässt einen schlechten Beigeschmack. Ein weiterer Tiefpunkt war der fehlende Einbezug der betroffenen Personen und Geschäfte an der Rennstrecke. Den Betrieben wurde vorgeschlagen, während der Rad-WM Ferien zu machen, also dann, wenn in Zürich viel los ist und Umsatz zu erzielen wäre. Das ist hochnäsiger und ignorant. Es gab verschiedene runde Tische und schriftliche Abmachungen mit dem Gewerbe, die aber aus Sicht des Gewerbes nicht eingehalten wurden. Sie wollten sich sogar mit einem offenen Brief dagegen wehren. So ist es kein Wunder, dass im Vorfeld nie wirklich Euphorie aufkam. Auch hier gibt es keine Konsequenzen. Mit dem Entscheid, alle Schulden zu übernehmen, würde ein falsches Zeichen gesetzt. In der Theorie nennt man das «moral hazard», also moralisches Risiko. Es geht darum, wie sich Individuen und Unternehmen anders verhalten,*



wenn sie die Gewissheit haben, dass jemand anders alle Risiken übernimmt. Wenn wir zustimmen, schicken wir ein Zeichen an jedes Organisationskomitee, dass die Stadt schlussendlich alles übernimmt. Beim Veranstellen eines Events muss man immer abwägen, ob das Ganze funktioniert. Übernimmt der Gemeinderat heute alle Kosten, wird man nicht mehr abwägen müssen: Man wird wissen, dass die Politik sowieso einspringt.

Kommissionsmehrheit Schlussabstimmungen zu den Dispositivziffern 1 und 2:

Sven Sobernheim (GLP): Ich glaube, die Kommissionsmehrheit würde Martin Bürki (FDP) nicht einmal vollständig widersprechen. Trotzdem beantragt sie dem Gemeinderat Zustimmung zur Weisung. Es mangelt uns an Alternativen. Der Konkursfall wäre für die Stadt auch nicht gratis, weil wir selbst der grösste Gläubiger sind: 2,7 Millionen Franken städtisches Geld stecken darin. Gleichzeitig wären auch einige KMU betroffen, die für den Verein Dienstleistungen erbracht haben. Es wäre ein schlechtes Zeichen, wenn wir als Stadt beschliessen würden, dass es in Kauf zu nehmen ist, ihnen nur einen Teil ihres Geldes zurückzugeben. Die Kommissionsmehrheit sieht deshalb nach Abwägung aller Risiken die Zustimmung zu dieser Weisung als die beste Variante an.

Weitere Wortmeldungen:

Felix Moser (Grüne): Wir wüssten alle gerne, wer für das Debakel Rad-WM verantwortlich ist. Leider glich die Organisation so stark einem Roman von Kafka, dass es unmöglich ist, Genaueres herauszufinden. Zu diesem Schluss kam der Bericht der Deloitte AG. Mehrere Gremien und Personen waren involviert: der Verein mit seinem Vorstand, die öffentliche Hand, der Kanton, die Stadt und Mitglieder des Steuerungsausschusses, von denen heute leider nur jemand anwesend ist. Das bürgerliche Mitglied fehlt. Die Organisatoren waren also nicht nur links-grün. Auch der involvierte Regierungsrat ist parteilos. Immerhin wird die Angelegenheit im Gemeinderat mit dieser Debatte aufgearbeitet. Im Kantonsrat herrscht hingegen Funkstille. Eine Aufarbeitungsdiskussion wäre auch dort angemessen. Ich möchte etwas zu den Begleitmassnahmen sagen, die noch nicht gross diskutiert wurden. Total waren knapp 3 Millionen Franken für Begleitmassnahmen während und nach der Rad-WM vorgesehen. Für uns waren diese Massnahmen ein wichtiger Punkt, wegen dem wir der Weisung zugestimmt hatten. Im Bericht findet man ein paar Aussagen zu den Begleitmassnahmen. So konnte nicht überall festgestellt werden, ob diese Mittel nicht mit anderen Mitteln vermischt wurden. Mich stört noch viel mehr die fehlende Wirkung dieser Begleitmassnahmen. Während der Olympiade in Paris entstanden Hunderte von Kilometern an Velowegen. Von den Begleitmassnahmen der Rad-WM in Zürich bleibt nichts übrig. So haben wir uns das nicht vorgestellt. Für die in der näheren Zukunft stattfindenden Grossanlässe in der Stadt – etwa die Fussball-EM, die Eishockey-WM und das Züri Fäscht – finden wir es wichtig, über grundlegende Rahmenbedingungen zu sprechen. Grosse Veranstaltungen müssen bezüglich Ressourcenverbrauch, Energieaufwendung, Lärm, Abfall, Ernährung usw. nachhaltig sein. Zudem sollen gerade Grossanlässe auch langfristig etwas für die Bevölkerung hinterlassen, wie die erwähnten Velowege in Paris. Ein paar schöne Bilder und Fernsehberichte reichen nicht. Heute geht es vor allem um die konkrete Frage, wer das Defizit übernehmen soll.



Wer verantwortlich ist, ist unklar. Infrage kommen neben der Stadt auch der Kanton oder Swiss Cycling als Mitglieder des Vereins. Beide wollen sich nicht weiter am Defizit beteiligen, sondern überlassen das Aufräumen der Stadt Zürich. Anscheinend stehen gewisse Herren gerne im Rampenlicht, wenn es ums Medaillenverteilen geht, aber nicht, wenn Verantwortung übernommen werden muss. Das ist bedenklich. Die Stadt hat immerhin diese Weisung vorgelegt. Wir können nur Ja oder Nein sagen; einen Teil der Mittel zu bewilligen, nützt nichts. Ansonsten geht der Verein Konkurs. Da dieses Verfahren mühsam ist, stimmen wir Grünen dem Antrag des Stadtrats mehrheitlich zu, damit der Verein ordnungsgemäss saniert und aufgelöst werden kann.

Leah Heuri (SP): *Die SP stimmt dieser Weisung zu, aber nicht ohne Bedenken oder Kritik. Was falsch gelaufen ist, wurde bereits genannt und kann im Deloitte-Bericht nachgelesen werden. Vor allem der Budgetprozess fällt dabei problematisch auf. Beim Defizit von 3 Millionen Franken wurde gekürzt, poliert und Reserven angezapft, ohne zu überlegen, wie das Budget hätte verbessert werden können. Spätestens im Jahr 2023 hätte man sich der Politik stellen müssen. Stattdessen ging man Risiken ein, mit der Folge, dass nun ein strukturelles Defizit, eine prekäre Liquidität und Insolvenz vorliegen, die mit Steuergeldern aufgeräumt werden sollen. Wieso stimmen wir trotzdem zu? Die Stadt wollte die Rad-WM, hat sie strukturell mitgetragen und steht finanziell in der Verantwortung. Sie hat eine Pflicht gegenüber den Gläubiger*innen und dem Gewerbe. Ein Konkurs wäre ein finanzielles und soziales Risiko und würde im schlimmsten Fall diejenigen treffen, die am wenigsten etwas dafür können. Wir müssen Verantwortung übernehmen, gerade weil die anderen Verantwortlichen sich drücken. Und nein, das ist kein Freipass, weitere riskante Events mit zu wenigen Reserven durchzuführen. Es ist eine Notbremse, die verpflichtet, gründlich aufzuarbeiten. Der Deloitte-Bericht ist unter grossem Stress entstanden, da das Konkursverfahren und Insolvenz drohten. Ziel war es, mit dem Bericht schneller Klarheit über die Finanzlage zu bekommen, sowie eine grobe Übersicht über die übrige Lage des Vereins. Die strukturellen, organisatorischen und prozessualen Ursachen sind nur oberflächlich aufgeführt und müssen im Detail analysiert werden. Der Stadtrat hat in der Weisung eine vertiefte externe Analyse angekündigt. Diese soll zeigen, was wir in Bezug auf die Organisation, Finanzierung und Steuerung von Grossanlässen aus diesem Debakel mitnehmen müssen. Uns ist es auch deswegen wichtig, dass der Gemeinderat miteingebunden wird. Darum haben wir in der RKP ein Postulat überwiesen, das den Stadtrat auffordert, uns diesen Bericht vorzulegen, sobald er vorliegt. Wir wollen selber beurteilen, ob genug analysiert wurde, was die Learnings sind, ob die richtigen Fragen gestellt wurden und wo mehr getan werden muss. Wir stimmen dem Zusatzkredit zu, weil damit Verantwortung für unsere Fehler übernommen wird.*

Tanja Maag (AL): *Bereits zwei Jahre vor der Rad-WM hat sich das Risiko eines Defizits abgezeichnet. Wesentliche Gründe für die Finanzierungslücken waren das fehlerhafte Budget, spätes Risikomanagement, verspätete Sanierungsversuche und die verschärfte Ausgangslage bei der Durchführung. Die Stadt hatte Pech mit den Wetterbedingungen und dem Unglück des Unfalltods von Miriam Furrer. Abgesehen davon hat sie es einfach verbockt. Sie hat es nicht geschafft, einen von ihr initiierten und massgeblich mitge-*



stalteten Anlass professionell zu planen und finanziell zu steuern. Sie hat es nicht geschafft, in den verschiedenen Gremien Ordnung zu schaffen und eine klare Aufgaben- und Kompetenzverteilung zu definieren. Mit unserer Zustimmung befürworten wir den Schlamassel nicht. Die Geschichte muss aufgearbeitet werden, bevor der Stadtrat einen Gedanken an den nächsten Grossanlass verschwendet. Eine Aufarbeitung wurde angekündigt. Uns war es wichtig, einen Begleitvorstoss mitzuschicken, was im Rahmen des RPK-Postulats getan wurde. Unsere Zustimmung zum Zusatzkredit geben wir nur, weil die Stadt Zürich ihre Verantwortung tragen muss. Wir wollen nicht, dass einzelne städtische Mitarbeitende, die im Verein rechtlichen Risiken ausgesetzt sind, und städtische KMU einen Nachteil erfahren, weil sie sich am Anlass beteiligten. Allerdings mussten wir zähneknirschend in Kauf nehmen, dass die Berücksichtigung der ganzen Gläubiger*innenliste mit der Zustimmung einhergeht. Wir hätten gerne differenziert, was konkursrechtlich nicht möglich ist. Wir nehmen mit Bedauern zur Kenntnis, dass dieses unglückliche Ende mit Nachspiel mit den erstmals ausgetragenen Para-Cycling-Wettfahrten in Verbindung gebracht wird. Wir wünschen uns, dass diese weiter ausgetragen werden.

Markus Haselbach (Die Mitte): Es geht um einen Zusatzkredit von 3,65 Millionen Franken zusätzlich zu den bereits bewilligten 7,85 Millionen Franken für die Para-Cycling- und Rad-WM. Von diesen 3,65 Millionen Franken sind 2,7 Millionen Franken schon definitiv verloren, weil der Verein zahlungsunfähig ist. Er kann die 2 Millionen Franken Darlehen und 700 000 Franken erbrachte Eigenleistungen nicht aufbringen. Handlungsmöglichkeit besteht theoretisch bei einem Defiziteintrag von 950 000 Franken, mit dem der Verein saniert werden soll. Hier geht es auch darum, das lokale Gewerbe als Gläubiger vor Verlusten durch ein drohendes Konkursverfahren zu schützen. Die Die Mitte/EVP-Fraktion findet das richtig und stimmt der Weisung zu. Den Rückweisungsantrag lehnen wir ab. Woher kommen die Mehrkosten? Das Budget der Rad-WM war zu optimistisch; ein Schönwetterbudget mit sehr wenigen Reserven. Es hätte viel mehr Sponsoring und Zuschauer gebraucht, um den nötigen Umsatz zu erreichen. Auch gutes Wetter wäre von Vorteil gewesen. Es kam anders: ein tragischer Unfall, wenige Zuschauer, Absagen von Anlässen im Rahmenprogramm. Die Stadt Zürich ist im Verein Rad-WM 2024 und der Organisation der WM zu stark involviert, um sich nun aus der Verantwortung zu ziehen. Wichtig ist uns, dass der Stadtrat die Vorgänge und Prozesse rund um die Rad-WM wie angekündigt aufarbeitet und für die künftige Organisation, Finanzierung und Steuerung von Grossanlässen Schlüsse zieht. In diese Richtung geht das RPK-Postulat von letzter Woche: Es verlangt einen Bericht mit umfassender Analyse zur Rad-WM.

Johann Widmer (SVP): Anscheinend ist keine Partei so richtig begeistert. Warum bringt ihr dann nicht den Mut auf, den Rückweisungsantrag zu unterstützen? Sollen doch die Verantwortlichen den Schlamassel aufräumen, ohne die Verschwendung von Steuergeldern. Sven Sobernheim (GLP), der Rückweisungsantrag hat mit Populismus nichts zu tun. Das ist ein vorgeschobenes Totschlagargument, das den Links-Grünen dient, um sich aus der Verantwortung zu ziehen. Die Stadträte, die diese Vetterliwirtschaft und verschwenderische Schweinerei zu verantworten haben, sollen aufstehen, sich entschuldigen und verhindern, dass die Stimmbürger diese Sauerei aufputzen müssen.



Florian Blättler (SP): Ich hege grosse Sympathien für den Rückweisungsantrag der SVP. Denn wir leben in einer Gesellschaft, in der niemand die wirtschaftliche Verantwortung für seine Handlungen übernimmt und nicht vom Gesetz dazu gezwungen wird, wirtschaftliche Verantwortung zu übernehmen. Es wird oft argumentiert, dass hohe finanzielle Entschädigungen gerechtfertigt seien, wenn man viel Verantwortung habe. Aber wenn die Sache scheitert, muss trotzdem kein Verantwortlicher büssen. Wie die SVP störe ich mich an diesem rechtlichen und gesellschaftlichen Zustand. Doch wie sie selber zugibt, ist das, was sie fordert, gar nicht umsetzbar. Entsprechend können wir das nicht unterstützen. Die Rad-WM war kein von einem kleinen Verein durchgeführter Event. Dieser diente nur der Koordination und Organisation. Es war die Rad-WM der Stadt Zürich und des Kantons Zürich – unter der Führung unserer Stadtpräsidentin, aber vor allem unter der Führung des FDP-eigenen Vorstehers des Schul- und Sportdepartements STR Filippo Leutenegger. Die vielen Fehler müssen stadintern aufgearbeitet werden und es muss Konsequenzen geben. Wir sind ganz klar der Meinung, die Stadt Zürich steht zu ihrem Tun und bezahlt die Rechnung für das, was sie bestellt hat.

Sven Sobernheim (GLP): Ich stimme der Weisung ungern zu. Damit sage ich nämlich indirekt Ja zu dieser intransparenten, chaotischen Organisation. Bis heute verstehe ich nicht, wer entschieden hat, keinen Nachtragskredit zu beantragen. Das war politisch nicht opportun und es wirkt, als hätte man ein zu grosses Ego gehabt. Ich erlaube mir aber einen Hinweis zur Einordnung dieser 11,8 Millionen Franken. Der letzte grössere Anlass war die Leichtathletik-EM 2014. Diese hat uns teuerungsbereinigt 1,3 Millionen Franken pro Tag gekostet, das Züri Fäscht 1,34 Millionen Franken und die siebentägige Rad-WM 1,64 Millionen Franken pro Tag. Sind die Unterschiede wirklich so gross? Es ist unbestritten, dass viele Fehler passiert sind. Es sind aber nicht die Kosten, sondern die Patzer der Organisation, die zum Unmut im Rat führten. Es ist bezeichnend, dass von den Leuten in diesem Gremium heute fast niemand da ist, ob aus der Politik oder Verwaltung. Darum ist das Postulat so wichtig: Es muss aufgearbeitet werden. Vom Stadtrat nehme ich nicht wahr, dass das vor den Wahlen noch ernsthaft gemacht würde. Ich erwarte auch von unseren Kollegen im Kantonsrat, dass sie über die Bücher gehen. Das Event haben wir zusammen organisiert und ein grosser Event in der Stadt hört nicht an der Stadtgrenze auf. Wir sagen Ja zur Weisung, aber werden nicht vergessen, wer involviert war. Das Wort Ideologie ist im Zusammenhang mit der Rad-WM öfters gefallen. Es ist schwierig, etwas als ideologisch zu bezeichnen, das wir einstimmig beschlossen haben. Dass jetzt so viele meinen, schon immer dagegen gewesen zu sein, ist interessant. Dass diese Fraktionen Private haften lassen wollen, ist lächerlich. Auch wir haben uns für die Rad-WM ausgesprochen und müssten dann unseren Anteil zahlen.

Samuel Balsiger (SVP): Im Vorfeld des Anlasses hat STP Corine Mauch stark dafür geworben und konnte es nicht lassen, sich mit der Nachhaltigkeit und dem prognostizierten Erfolg zu profilieren. Es ist schon komisch, dass diese Aussprache nun stattfindet, ohne dass sie anwesend ist. Das weckt nicht den Anschein, dass eine Aufarbeitung wirklich stattfinden wird. Wir haben gehört, dass es viel aufzuarbeiten gibt. Deshalb ist der Rückweisungsantrag der SVP richtig, selbst wenn er juristisch nicht durchführbar ist.



Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: *Zur Abwesenheit von STP Corine Mauch und STR Filippo Leutenegger kann ich sagen, dass diese Vorlage ursprünglich letzte Woche traktandiert war. Dann wären alle anwesend gewesen. Diese Woche ist die Stadtpräsidentin im Ausland. Der Aufenthalt war schon lange geplant und konnte nicht verschoben werden. Darum ist heute nur STR Karin Rykart als drittes städtisches Mitglied im Steuerungsausschuss anwesend. Zu den Zuständigkeiten und der Verantwortlichkeit: Wie der Kommissionspräsident sagte, war zu Beginn tatsächlich die Frage, welcher Stadtrat was übernimmt. Ich als nicht an der Rad-WM beteiligter Stadtrat habe die Frage der Aufarbeitung und Antragstellung an das Parlament übernommen, weil es nicht sinnvoll ist, dass Beteiligte aus dem Steuerungsausschuss, die zum Teil noch im Verein tätig waren, das übernehmen. Entsprechend waren die drei Mitglieder des Stadtrats bei der Beratung der Geschäfte, die zum heutigen Antrag geführt haben, im Ausstand. Das Präsidialdepartement wird sich mit den grundlegenden Fragestellungen befassen: Wie vermeiden wir in Zukunft ähnliche Fehler? Im Präsidialdepartement laufen bei solchen Anlässen alle Fäden zusammen. Eine dortige Behandlung ist also sinnvoll. Es ist auch eine gute Lösung, dass der Bericht dann dem Parlament vorgelegt wird, das so Teil des Prozesses und informiert wird. Zusätzlich kann es so diskutieren, Fragen stellen und dem Stadtrat weitere Anforderungen mitteilen. Für den Stadtrat ist klar, dass etwas falsch lief. Die Aufarbeitung wird mit der Zustimmung zur heutigen Weisung nicht enden. Auch wir sind nicht begeistert über die Weisung. Seitens des Stadtrats haben wir im Bericht klar deklariert, dass wir uns bewusst sind, dass die Verantwortung auf jeder Stufe – also Verein, Steuerungsausschuss und auch Regierung – nicht genug wahrgenommen wurde. Das tut uns selbstverständlich leid. Fehler können passieren, gerade weil wir Menschen sind. Aber wir werden alles tun, damit diese Fehler nicht erneut geschehen, vor allem in Bezug auf die undurchsichtigen Strukturen. Uns geht es da nicht anders als dem Kommissionspräsidenten: In der Tat ist es schwierig, Entscheidungsprozesse vollständig zu rekonstruieren. Dass wir alle vom anstehenden Beschluss nicht begeistert sind, heisst nicht, dass wir gegenüber dem Gewerbe keine Verantwortung haben. Das ist der zentrale Grund für diesen Antrag. Wir wollen niemanden aus der Haftung entlassen. Es soll bloss nicht das Gewerbe auf der Rechnung sitzen bleiben. Ich muss Martin Bürki (FDP) widersprechen: Wir senden anderen Organisationen kein Zeichen, dass sie tun dürfen, was sie wollen. Wir bleiben dran und schaffen Strukturen, damit solche Fehler nicht mehr geschehen – aber ohne uns heute aus der Verantwortung zu ziehen.*

Rückweisungsantrag

Die Mehrheit der RPK beantragt Ablehnung des nachfolgenden Rückweisungsantrags.

Die Minderheit der RPK beantragt Rückweisung des Antrags des Stadtrats mit folgendem Auftrag:



10 / 11

Der Stadtrat wird beauftragt, innert 12 Monaten eine neue Weisung vorzulegen, bei der die Verantwortlichen für das Defizit die Defizitgarantie aus eigener privater Tasche garantieren. Die Defizitgarantie von 950 000 Franken soll demnach solidarisch von allen Verantwortlichen übernommen werden.

Mehrheit: Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit: Referat: Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit: Referat: Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Referat: Sven Sobernheim (GLP), Präsidium; Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Leah Heuri (SP), Tanja Maag (AL), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP), Barbara Wiesmann (SP)
Minderheit: Referat: Martin Bürki (FDP), Vizepräsidium; Përparim Avdili (FDP), Johann Widmer (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 62 Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.



Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

Antrag des Stadtrats

1. Für zusätzliche Leistungen an den Verein «UCI Weltmeisterschaften Rad und Para-Cycling Strasse Zürich 2024» wird zu den einmaligen Ausgaben von Fr. 7 850 000.– (GR Nr. 2018/418) ein Zusatzkredit von insgesamt Fr. 3 650 000.– wie folgt bewilligt:
 - I. Für den Verzicht auf eine Rückzahlung des städtischen Darlehens (Überbrückungsfinanzierung) mit Wirkung ab 1. Januar 2025: Fr. 2 000 000.–;
 - b. als maximaler Defizitbeitrag: Fr. 950 000.–;
 - c. für weitere städtische Einnahmenverzichtete (Eigenleistungen, Gebührenerlasse unter Berücksichtigung der Umwandlung der Eigenleistungen PSS gemäss Kapitel 2.3.1): Fr. 700 000.–.

Die neuen einmaligen Ausgaben betragen somit insgesamt Fr. 11 500 000.–.

Unter Ausschluss des Referendums und mit qualifiziertem Mehr gemäss Ausgabenbremse:

2. Im Budget 2025 wird folgende Budgetposition geschaffen:

Konto / Bezeichnung	Bisher bewilligt (in Fr.)	Erhöhung (in Fr.)	Neu bewilligt (in Fr.)
(1561) 3632 00 406 Beiträge an Verein Rad-WM 2024	0	950 000	950 000

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 18. Juni 2025 gemäss Art. 36 und 38 der Gemeindeordnung (Ablauf der Referendumsfrist: 18. August 2025)

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat